

URL: http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=966907

Endlager-Suche

Das "Atomklo" wird Chefsache

Im Streit um ein Atommüll-Endlager wird der Ton zwischen Union und SPD schärfer. Wie und wo nach dem deutschen "Atomklo" gesucht werden soll, gerät in der Koalition zur Chefsache. Doch auch im Kanzleramt hat man noch keine Lösung für den Konflikt.

Berlin - "Die Sache wird richtig schwierig. Bisher sehe ich nicht, wie der Knoten durchschlagen werden kann", meint SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber, "irgendwann wird die Kanzlerin ein Wort dazu sagen müssen."

CSU-Chef Edmund Stoiber hatte am Wochenende den Koalitionsstreit um ein atomares Endlager angeheizt. Eine ergebnisoffene Suche nach dem "bestgeeigneten" Standort, wie sie Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) mit einem Endlagersuchgesetz plant, sei "in der Koalition nicht durchsetzbar", hatte er verkündet. Am Montag erteilte dann auch die Vizechefin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Katherina Reiche, Gabriels Plänen für eine gesetzlich geregelte bundesweite Suche nach Endlagerstandorten eine kategorische Absage. "Ein neues Standortsuchverfahren steht dem Koalitionsvertrag komplett entgegen", sagte Reiche der *FR*. "Gabriels Endlagersuchgesetz wird es mit der Union nicht geben."

Der Umweltminister beharrt hingegen darauf, dass die jahrelangen Erkundungsarbeiten in Gorleben keine automatische Vorfestlegung auf ein Endlager bedeuten. Er will neben dem Salzstock in Niedersachsen noch andere Standorte mit anderen Bodenformationen untersuchen lassen. Seine Partei stärkt ihm dabei den Rücken. "Von der SPD wird es keine Zustimmung geben, in Gorleben einfach so weiterzumachen", sagt Fraktionsvize Kelber. Das Bemühen, nicht nur einen geeigneten, sondern den bestgeeigneten Standort für das Endlager zu finden, sei "essenziell". Anders ließe sich in der Bevölkerung keine Akzeptanz für ein so umstrittenes Projekt bekommen, meint Kelber.

Der zu erwartende Bürgerprotest gegen ein "Atomklo" vor der eigenen Haustür ist offenbar auch Grund für die harsche Reaktion auf Gabriels Endlagersuchpläne. "Die Union hat Angst, dass das Thema in ihre Bastionen hineingetragen wird", meint ein SPD-Umweltpolitiker, "da gibt es ein großes Misstrauen. Dabei geht es uns gar nicht darum, Feuer nach Bayern oder Baden-Württemberg zu legen." Doch ein neues Auswahlverfahren, das Gorleben und den zweiten Endlagerkandidaten, Schacht Konrad in Niedersachsen, zur Disposition stellt, könnte andernorts für erhebliche Unruhe sorgen. Allein, dass die eigene Region in die engere Auswahl für eine genauere Erkundung geraten ist, könnte schon Empörung auslösen.

Dabei deuten bisherige wissenschaftliche Untersuchungen eher darauf hin, dass auch am Ende einer neuen Suche die Süd-Bundesländer vom Atommüll verschont blieben. Eine neue Analyse des Bundesamtes für Strahlenschutz urteilt zwar, dass in Deutschland die drei relevanten Gesteinsformationen Salz, Ton und Granit gleichermaßen für eine Endlagerung in Betracht kommen. Doch Granitgestein, das sich vor allem in Bayern oder Baden-Württemberg findet, gilt wegen seiner geringen Vorkommen nicht als erste Wahl für ein Endlager. Großflächiges Salz- und Tongestein findet sich jedoch vor allem im Norden Deutschlands. Und dort vor allem in Niedersachsen, Gabriels Heimat.

Drei Viertel aller Standort-Regionen, die auf Grund ihrer Gesteinsformationen für ein Endlager in Frage kämen, lägen in Niedersachsen, ermittelte die Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe (BGR). Nur in den Grenzregionen des Landes zu Sachsen-Anhalt, Mecklenburg und Nordrhein-Westfalen sowie in zwei kleinen Regionen Süddeutschlands wurden die Gutachter noch fündig. Der Blick aber, so konstatiert BGR-Referatsleiter, Volkmar Bräuer, konzentrierte sich bei der Endlagersuche eindeutig auf Niedersachsen. *Vera Gaserow*

Kommentar zum Atomendlager: **Verunsichert**

Endlager-Suche

Bis 2030 soll in Deutschland ein Endlager für radioaktiven Müll bereitstehen. Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD die Lösung der Endlagerfrage bis 2009 versprochen.

Rot-Grün hatte ein umstrittenes Endlagersuchgesetz, das eine Prüfung von Alternativstandorte vorsah, nicht mehr verabschiedet. Die SPD greift diese Idee jetzt auf. Mit Gorleben und Schacht Konrad sieht die Union bereits zwei geeignete Standorte gegeben. vgo

[document info]

Copyright © FR online 2006

Dokument erstellt am 11.09.2006 um 18:32:01 Uhr

Letzte Änderung am 11.09.2006 um 18:39:25 Uhr

Erscheinungsdatum 12.09.2006